Über Größe, Ursache und Bekämpfung der Hungersnot in Deutschland

Rede

von

Willi Münzenberg

gehalten auf dem Weltkongreß der I.A.H.
in Berlin am 9. Dezember 1923

Preis: K 1500.—

Herausgegeben und verlegt vom
„Modernen Verlag"
Wien, I., Gonzagagasse 23. III./7b

Wenn Sie mitarbeiten wollen an dem Hilfswerk der I.A.H.

so unterfertigen Sie die folgende

Erklärung:

Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt in die Internationale Arbeiterhilfe.

Name: ....

Wohnung: ....

Adresse: ....

Beruf: ....

Der Beitritt verpflichtet zu keinerlei finanziellem Beitrag, aber zu der größten freiwilligen und unentgeltlichen Mitarbeit in der Hilfsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe, gemäß den Prinzipien und dem Programm der Zentralstelle der Internationalen Arbeiterhilfe. Über die Aufnahme entscheidet die Zentrale der Internationalen Arbeiterhilfe. In allen Orten und Städten, **wo keine** besonderen Komitees bestehen, **wende man sich** um **Auskunft** und um Erlangung von Material zur öffentlichen **Werbung** an die **Internationale Zentralstelle der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin, Unter den Linden 11.**

Werte Versammlung! In den letzten Wochen drängt die Frage der deutschen Not und des deutschen Hungers alle anderen Fragen, so bedeutungsvoll sie auch politisch für Deutschland sind, in den Hintergrund. In einer ganzen Anzahl von Erklärungen sowohl der Reichsregierung wie der Regierungen der einzelnen Länder wurde auf die unerträgliche Not in den einzelnen Industriezentren Deutschlands hingewiesen. In den Landesparlamenten und im Reichsparlament ist wiederholt über diese Not gesprochen worden. Die Presse Deutschlands hat bereits seit Wochen besondere Rubriken für diese Frage eingeführt. Dazu kommt, daß die Frage der deutschen Not

eine große internationale Frage

geworden ist, daß heute die Regierungen fast aller Länder sich damit beschäftigen und daß heute eine mächtige und breite Welle der Hilfsbereitschaft die europäischen Länder und die amerikanischen Länder durchbraust. Aber im großen und ganzen machen sich herzlich wenig Menschen einen realen Begriff von der **tatsächlichen Not**, die augenblicklich in weiten deutschen Kreisen besteht. Man **fühlt** und ahnt mehr die Not, die vorhanden ist, als daß man sie **kennt** und in ihrer Größe erfaßt. Die augenblickliche Krise, hauptsächlich die Ernährungskrise in Deutschland, die in einzelnen Industriedistrikten bereits zu Hungersnöten geführt hat, läßt ganz von selbst die Erinnerung an ähnliche Katastrophen bei anderen Völkern wieder lebendig werden. Unwillkürlich ist man geneigt, eine Parallele zu ziehen mit jener Hungersnot, die vor wenigen Jahren die ganze Menschheit erzittern ließ, mit der

Hungersnot in den russischen Wolgagebieten.

Freilich, jene wilden Ausbrüche verzweifelter Not, die die Menschen dazu führt, in wütendem Hunger Baumrinden und Erd-

klumpen zu verschlingen, kennen wir bis zur Stunde in Deutschland nicht. Aber im Vergleich zu früheren Jahren macht sich auch in Deutschland ein rasches Sinken der sittlichen Auffassungen und der ganzen Lebensgewohnheiten in Deutschland bemerkbar. Ich will dafür nur ein für Deutschland typisches Beispiel herausgreifen. Im zweiten Viertel dieses Jahres ist der Konsum an Schweine-, Rind- und Schaffleisch um 55% gegenüber dem Jahre 1913 zurückgegangen; aber **der Konsum an Pferdefleisch** hat um über 17% zugenommen,

der Konsum an Hundefleisch um 282%.

Beschaupflichtig wurden in diesem von mir erwähnten Vierteljahr über **4500 Hunde geschlachtet.** Dazu kommen natürlich noch viele Tausende, die nicht der Behörde gemeldet worden sind. Aber trotzdem, die Not wirkt sich in Deutschland, ich möchte sagen, ein wenig kultivierter aus; die Leute sterben zivilisierter, sie sterben langsamer oder greifen zum Selbstmord, ehe es zu jenen Ausbrüchen kommt, wie wir sie damals in Rußland zu verzeichnen gehabt haben. Ich behaupte jedoch, daß heute prozentual **größere Kreise Deutschlands leiden**, als es 1921 in Rußland der Fall gewesen ist. Heute entbehrt in Deutschland die Mehrzahl der Menschen der ihren früheren Lebensgewohnheiten entsprechenden Nahrungsmittel, Wohnungsverhältnisse und Kleider. Ich behaupte sogar, daß in den verschiedenen Industriegebieten durchschnittlich **die Hälfte der Einwohner nicht nur unterernährt ist, sondern tatsächlich darbt und tatsächlich tagelang und wochenlang buchstäblich** hungert. Der Statistiker Kuczynski schreibt in seinem Buch „Wiedergutmachung“:

> „Von einer Million Berliner Familien können sich tausend Familien fast jeden Luxus leisten, zehntausend gut leben, wie etwa vor dem Kriege, hunderttausend Familien verfügen über das Existenzminimum. Der ganze Rest, also fast 80% von dieser Million, verdient weniger als das Existenzminimum.

Die Arbeiterfamilien sind absolut nicht imstande, ihre Kinder vor dem Verkommen zu schützen."

Das wurde geschrieben in der ersten Hälfte des Jahres 1921. Seit jenem Tage ist die Verschiebung in ganz kolossaler Weise vor sich gegangen. Der Kreis der im Luxus Schwelgenden hat sich noch verringert, der Kreis derjenigen, die wirklich auskömmlich, ungefähr wie vor dem Kriege leben können, ist noch kleiner geworden und die Zahl der Leidenden und Darbenden ist noch größer geworden.

Ich will Sie heute nicht mit allzu vielen Zahlen belästigen. Aber einige Zahlen muß ich Ihnen doch vortragen, um diese meine Behauptung zu bekräftigen. Vom Bezirk Prenzlauer Berg in Berlin wurde mitgeteilt, daß 54.200 Einwohner unterstützungsberechtigt sind und nur von der staatlichen Unterstützung leben. Das sind 17% aller in dem dortigen Bezirk lebenden Personen. Im Bezirk Kreuzberg macht die Zahl der von der Stadt durch Unterstützung erhaltenen Personen 20% der Gesamtbevölkerung aus, im Bezirk Friedrichshain rund 25% und im Bezirk Wedding wurden 184.769 Personen, das heißt 52% der Gesamtbevölkerung, aus öffentlichen Mitteln erhalten. Auf einem Städtetag in Köln teilten Vertreter von den verschiedenen rheinischen Städten folgende Tatsachen mit: In Köln waren arbeitslos 300.000 Menschen, die 175.000 Angehörige zu ernähren haben. Hinzu kommen noch 14.000 Armenunterstützte, 8000 Sozialrentner, 3000 Kleinrentner und 15.000 Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene. Das sind insgesamt rund 350.000 Menschen, also mehr als die Hälfte der ganzen Bevölkerung, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden müssen. In Duisburg müssen 53% von der Hilfe aus öffentlichen Mitteln ernährt werden. In Mainz 40%, in Düren und Dortmund 42%, in

Crefeld 79%,

das heißt über drei Viertel der ganzen Bevölkerung.

Besonders hart werden von der Not die freien Berufe betroffen, die Ärzte, die Wissenschaftler, die Künstler. In dem Heft „Not“ vom Deutschen Roten Kreuz wird mitgeteilt, daß in München 10—20% der Ärzte Arbeitslosenunterstützung beziehen. Von 12.000 Studenten in Berlin verdienen 8000, also zwei Drittel, ihren Unterhalt durch Nebenarbeit: Botengänge, Zeitungaustragen, Schuhputzen und gewerbliche Arbeiten. Nur 2% aller deutschen Schriftsteller leben von literarischen Arbeiten. Das Nachrichtenblatt des Roten Kreuzes schreibt in Nr. 11:

> „Der Hunger nistet sich ein in den Arbeitsstuben der Gelehrten, in den Werkstätten der Künstler, er macht den wissenschaftlichen Forscher zum Bürogehilfen, den Bildhauer zum Adressenschreiber, den Arzt zum Hoteldiener.“

Nicht besser geht es den Beamten und Angestellten. Auch ihre Lebenslage hat sich ganz bedeutend gegenüber derjenigen vor dem Kriege verschlechtert. Professor Julius Wolf gibt im „Berliner Tageblatt“ an, daß vor dem Kriege, Ende 1913, die Gehälter der Beamten in Ortsklasse A, also in Berlin, das 5·7fache des Einkommens der ungelernten Arbeiter ausmachten; im September 1923 betrugen sie nur noch das 1·9fache; sie haben sich also fast um das Vierfache verschlechtert. Die Berliner Gemeindearbeiter erhielten Mitte November einen Lohn, der ungefähr 20—25% des Friedenslohnes ausmachte.

Am schwersten leiden freilich diejenigen Teile des deutschen Volkes, die wie in allen anderen Ländern die Grundlage des Wirtschaftslebens, die Grundlage des Staates sind, nämlich

die breiten Massen der Werktätigen,

die breiten Massen der Arbeiter. Schon das Los der vollbeschäftigten Arbeiter in Deutschland hat sich gegenüber demjenigen vor dem Kriege ganz bedeutend verschlechtert. Der Lohn, der, wie immer wieder betont werden muß, für den Arbeiter die einzige Einnahmequelle ist, die er hat, ist ganz bedeutend gesunken. Auch das will ich mit einigen Zahlen

nachweisen. In der Woche vom 19. bis 26. November wurde auf Grund des proletarischen Index ausgerechnet, daß der Lohn der Steinkohlenarbeiter 14% des Lohnes vor dem Kriege betrug, der der Metallarbeiter 14—15%, der der Bauarbeiter 17%, der der Angestellten 15—18%, der der Textilarbeiter 12%, der der Holzarbeiter 11%. Das sind qualifizierte Arbeiter in Berlin. Für die ungelernten Arbeiter in Schlesien und Sachsen sind die Verhältnisse noch schlechter. In Nr. 20 der vom Statistischen Amt herausgegebenen Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ wird zugegeben, daß große Teile der deutschen Arbeiter heute nur ein Zehntel ihres Einkommens von vor dem Kriege haben.

Im Gegensatz zu dem Sinken, zu der Verschlechterung der Löhne haben wir heute ein

rapides Anschwellen der Preise

aller Lebensmittel und alles dessen, was der Mensch zum Leben notwendig hat. Ich kann es mir ersparen, darüber im einzelnen Zahlen anzuführen; das weiß jeder, der heute in Deutschland lebt. Aber doch zur Demonstration einige wenige Zahlen. In Hamburg kostete 1914 ein 4 Pfund schweres Schwarzbrot 30 Pf., heute kostet es (ohne Marken) 100 Pf. Stellen wir andere Hamburger Preise aus 1914 den heutigen Preisen gegenüber, so sehen wir eine Steigerung für das Pfund Weizenmehl von 16 auf 50, Bohnen von 26 auf 45, Kartoffeln (Durchschnitt) von 4½ auf 8, Zucker von 21 auf 48, Fleisch (Durchschnitt) von 80 auf 300, Speck von 70 auf 225 (Durchschnitt), Schmalz von 76 auf 200, Milch von 18 auf 42 das Liter, 1 Ei von 8 auf 40 Pf. (Durchschnitt). Untersuchen wir die Preise für Kleidung und Werkzeuge, so sehen wir im Geschäft von Ulrich in Altona, einem Geschäft, das stets auf besonders solide Preise hält, eine Steigerung bei einem Arbeitshemd von 2 auf 4 Mk., Socken von 1 auf 2 Mk., einer Maurerhose von 6·50 auf 12·50 Mk., einer Maurerkelle von 1·60 auf 3·60 Mk., einer Wasserwage von 2·50 auf 5 Mk. Stellt man

ferner im Vergleich die Preise für Gas, Elektrizität, Kohle, Holz, Petroleum usw., so ist der Schluß, daß **eine Goldmark** heute nur noch **höchstens 50 Pfennig an Kaufkraft hat**, leider zu berechtigt. Bemerkt sei, daß die glücklichen Besitzer von Goldmark bei ihrem Einkauf des öfteren besser wegkommen als die Masse der Papiermarkbesitzer, sie erhalten „Vorzugspreise". **Leider sind es selten Arbeiter**, die diesen Vorteil genießen. Also auf der einen Seite

Sinken des Lohnes bis auf ein Zehntel,

auf der anderen Seite **Anschwellen der Preise auf das Doppelte, Dreifache**, bei Fleisch und Fett sogar noch darüber hinaus. Die Folge dieser Erscheinung ist, daß der Konsum gerade in den Arbeiterkreisen, in den Kreisen der Angestellten, der Beamten, der Mittelschichten ganz bedeutend zurückgeht.

Dazu kommt, daß der Arbeiter in Deutschland im Vergleich zu seinen ausländischen Kollegen eine bedeutend längere Arbeitszeit braucht, um das zum Leben Notwendige zu verdienen. Auch dafür eine kurze Gegenüberstellung. Nach der „Westminster Gazette" (Frühjahr 1923) braucht ein englischer Arbeiter, um das Geld für ein Pfund Margarine zu verdienen, eine Arbeitszeit von **20 Minuten**. Der deutsche Arbeiter braucht dafür **fünf Stunden**. Um ein Pfund Brot zu verdienen, muß der englische Arbeiter **fünfzehn Minuten arbeiten**, der deutsche **eine Stunde und zwanzig Minuten**. Um in den Besitz von ein Pfund Fleisch zu kommen, braucht der englische Arbeiter eine Zeit von **einer Stunde und fünfzehn Minuten**; der deutsche **fünf Stunden**. Um in den Besitz von ein Paar Schuhen zu kommen, braucht der englische Arbeiter eine Arbeitszeit von **zwei Tagen**, der deutsche von **fünf Wochen**. Um sich einen Anzug kaufen zu können, muß der englische Arbeiter $2^1/_4$ Tage arbeiten, der deutsche **sieben Wochen**. Diese paar Zahlen mögen Ihnen genügen, um zu erkennen, wie sehr auch im Verhältnis zu der ausländischen Arbeiterschaft das Lebensniveau der deutschen Arbeiter sich verschlechtert hat. Am 10. November

wurde durch einen Schiedsspruch für die Berliner Textilindustrie der Stundenlohn auf 28 Pf. festgesetzt. Nehmen wir an, daß der Textilarbeiter acht Stunden arbeitet, was sehr selten ist, so verdiente er damals 2240 Milliarden in einem Tage. Davon konnte er sich damals kaufen ein Brot, ein halbes Pfund Margarine und etwas Kartoffeln. Er hatte kein Geld für Kohle, für Milch, für Gas usw., kurzum für alle anderen Bedürfnisse, geschweige denn für die bescheidensten Kulturbedürfnisse, die es erst wert machen, als Mensch zu leben. Selbst für die Herstellung, für die Zubereitung des Essens, also für das nackte Leben reichte der Lohn, den der Textilarbeiter bekam, nicht aus.

Aber trotz alledem ist die soeben geschilderte Schicht der deutschen Arbeiter noch die glücklichste innerhalb der deutschen Arbeiterklasse. Die vollbeschäftigten Arbeiter werden

von Millionen ihrer Kollegen beneidet;

sie stehen innerhalb der Klasse an höchster Stelle. Viel schlechter leben die sogenannten Kurzarbeiter, das heißt Arbeiter, die mit verkürzter Arbeitszeit leben. Ende November hatten wir in Deutschland 1,772.000 Kurzarbeiter, also fast zwei Millionen. Die Zahl hat sich seither noch vergrößert, namentlich in den letzten Tagen, so daß heute sicherlich mit zwei Millionen Kurzarbeitern gerechnet werden kann. Diese Kurzarbeiter arbeiten durchschnittlich wöchentlich höchstens 15, 20, 22 Stunden. Ihr Einkommen beträgt also fast nur die Hälfte des Einkommens, das der vollbeschäftigte Arbeiter hat.

Noch schlechter als mit den Kurzarbeitern steht es mit den Arbeitslosen, gerade in diesen Tagen der wahnsinnigen Preissteuerung, wo wir mit den wichtigsten Rohstoffen, Eisen, Kohle, Erz, und mit den Nahrungsmittelpreisen weit über dem Weltmarktpreise liegen. Am 17. November zählte man im unbesetzten Deutschland 797.265 arbeitslose Männer; dazu kamen 258.436 arbeitslose Frauen. Das sind also zusammen über 1 Million Arbeitslose im unbesetzten Gebiet. Hierzu gesellen

sich noch 2 Millionen im besetzten Gebiet, so daß Ende November in Deutschland über 3 Millionen Arbeitslose vorhanden waren. Gestatten Sie mir, in diesem Zusammenhang „en passant" einen volkswirtschaftlichen Hinweis. Heute sind an Arbeitslosen und Kurzarbeitern

über 5 Millionen Menschen außerhalb der Produktion

gestellt. 5 Millionen Menschen, die sonst mit zum Kern des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, der gesamten deutschen Produktion gehörten, sind heute untätig. Von was lebt der Arbeiter, der keine Arbeit hat? Er ist angewiesen auf die staatliche Erwerbslosenfürsorge. Am 17. November betrug diese Unterstützung in Berlin im Höchstfalle 420 Milliarden pro Tag. Der Preis eines 2-Kilo-Brotes betrug am gleichen Tage 466 Milliarden. Der Arbeitslose mit Frau und einigen Kindern bekam also noch nicht einmal so viel Unterstützung am Tage, um ein Brot von 2 kg bezahlen, geschweige Feuerung, Gas, Kohlen usw. beschaffen zu können.

Aber nun kommt das Grausamste. **Eine ganze Anzahl dieser Arbeitslosen bekommt überhaupt keine Unterstützung,** hat überhaupt keinerlei festes Einkommen, auch nicht die geringste Summe. Nach der amtlichen Statistik haben von über 1 Million Arbeitloser am 17. November nur 650.000 Unterstützung bekommen, so daß also im ganzen Deutschen Reich am 17. November etwa 400.000, also fast

eine halbe Million Arbeitslose vorhanden waren, die keinerlei festes Einkommen hatten.

Gestern abend wurde im „Acht-Uhr-Abendblatt" ein Telegramm veröffentlicht, das wert ist, hier verlesen zu werden:

> Reichsunterstützung für Duisburg gesperrt. Die Hälfte der Einwohnerschaft bezieht Unterstützung!
>
> Duisburg, 8. Dezember. Die Reichsregierung hat die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Stadt Duisburg gesperrt, da die Stadt in den beiden vorangegangenen

Wochen die von der Regierung vorgesehenen Unterstützungssätze überschritten hatte.

(Lebhafte Rufe: Hört, hört!)

Die Stadtverwaltung hat, da die Notlage sehr groß ist und infolgedessen mit dem Ausbruch neuer Zwischenfälle gerechnet werden muß, unter äußerster Anspannung aller Mittel an die Erwerbslosen eine Unterstützung von 3·5 Billionen ausgezahlt. In Duisburg müssen 250.000 Personen, rund 50% der gesamten Bevölkerung, ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

(Erneute lebhafte Rufe: Hört! hört! Der Dank des Vaterlandes!) Die Reichsregierung hat die Unterstützung gesperrt. Also in Duisburg werden 250.000 Menschen dieser Tage ohne jedes feste und sichere Einkommen sein. In Berlin betrug die Zahl der Arbeitslosen, die keinerlei Unterstützung bekamen, am 17. November 68.221. Man fragt sich:

Wie leben denn diese Menschen?

Irgendetwas müssen sie doch essen, ein Stück Brot, ein Stück Margarine müssen sie doch haben! Wie fristen diese Menschen ihr Leben? Ich glaube, hier liegen die Ursachen zu jenen Erscheinungen, die gerade in den letzten Monaten das Bild des deutschen öffentlichen Lebens charakterisieren. Ich gehe absolut einig mit Herrn Regierungsrat Weiß, der sich im „Berliner Tageblatt" dahin aussprach, daß nicht irgendwelche böswilligen Organisationen oder Parteien an den Plünderungen und Aufständen schuld sind, die seit Monaten in verschiedenen deutschen Städten aufflammen, sondern daß die zitierten Zahlen uns den Schlüssel dafür geben, warum in Berlin, in Duisburg, in Düsseldorf und in anderen deutschen Städten

fast täglich Plünderungen vorkommen. Es sind die Verzweiflungsausbrüche hungernder Menschen, die keine Möglichkeit mehr sehen, ihr Leben anders zu fristen als durch Betteln oder den Versuch, sich gewaltsam das zu nehmen, was ihnen auf andere Weise unerreichbar ist.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe: Selbsterhaltungstrieb!) Wir wissen, daß die Kriminalvergehen, die Eigentumsvergehen gerade in den letzten Monaten sich riesig vermehrt haben, daß die Prostitution eine ungeheuerliche Ausdehnung genommen hat. In den trockenen Zahlen, die ich Ihnen vortrug, ist die Ursache für diese Erscheinungen gegeben.

Ich muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß neben diesen arbeitslosen Arbeitern noch eine Schicht von Leuten existiert, die gleich elend leben wie sie; das sind die Kleinrentner, die Hinterbliebenen der Kriegsgefallenen, das sind die Kriegskrüppel selbst, die Kriegsinvaliden. Auch hier will ich, da die Zeit schon weit vorgerückt ist, nur ein Beispiel anführen. **In Berlin erhielten die Kleinrentner** am 15. Oktober 1·6 Milliarden, am 22. Oktober 6·4 Milliarden. Die Kriegerwitwen erhielten in der Zeit vom 20. bis 23. Oktober 1·5 Milliarden, vom 23. bis 26. Oktober 6 Milliarden Unterstützung. Ein einziges Brot kostete am 25. Oktober in Berlin 10 Milliarden! Hunderttausende, vielleicht Millionen sind heute in Deutschland, denen noch nicht einmal ein Stück trockenen Brotes täglich garantiert ist, die tatsächlich Tage erleben, in denen sie selbst dieses minimalste und für jeden Menschen unentbehrliche Lebensmittel entbehren müssen.

Die Lebensmittelnot wird verschärft durch den **Mangel an Kleidungsstücken**, durch den **Mangel an Schuhwerk**, was sich gerade in diesen Tagen mit Eintritt des Winters besonders bemerkbar macht, sie wird verschärft durch die Wohnungsnot, durch die **Holz- und Kohlennot**. Die Verheerungen, die diese Erscheinungen zur Folge haben, sind grauenvoll.

In Nr. 8 des Nachrichtenblattes des Roten Kreuzes wird mitgeteilt, daß in einer Säuglings-Fürsorgestelle in Groß-Berlin 4300 Kinder vorhanden waren, von denen **60% eine ständige Gewichtsabnahme** zeigten. **Bei 95%** ist der allgemeine Gesundheitszustand als nicht genügend zu bezeichnen. Drei Fünftel leiden an Abmagerung und Rachitis. Die Sterblichkeitsziffer schwillt in Deutschland immer **mehr** an,

die Selbstmorde

nehmen zu. Es ist vorgekommen, daß an einem Tage in Berlin drei Ärzte Selbstmord verübten. In Deutschland kamen in den Jahren 1904—1913 56 Fälle von

Hungertod

vor. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1923 wurden **bereits 43 Fälle** gemeldet, und nach dem Oktoberbericht des Deutschen Roten Kreuzes sollen **im Oktober allein** sogar 30 Fälle vorgekommen sein. Nach einer anderen Berliner statistischen Angabe sind in der Woche vom 8. bis 14. September in Berlin und Umgebung 68 Personen an **Entkräftung** gestorben. Ich hatte während der russischen Hungersnot die Aufgabe, öfter in **Rußland** zu weilen und dort das Hilfswerk der Internationalen Arbeiterhilfe zu führen. Das Elend, das uns aus den Zahlen entgegengrinst, die ich vorhin anführte, ist wahrlich nicht geringer als das Elend, das damals in weiten russischen Gebieten bestand. Mir scheint nur: dieses Elend wird von den Deutschen verschämter getragen, es wird nicht mit dieser natürlichen, primitiven Offenheit der Welt gezeigt; man hüllt über

diese breite, klaffende Wunde

schamvoll einen Fetzen, den man noch am Körper trägt. Wenn ich richtig unterrichtet bin, soll vor zwei Tagen die zuständige Wohlfahrtszentrale, die darüber zu entscheiden hat, beschlossen haben, in Zukunft

keinerlei Zahlen

mehr über die Hungerkrise in Deutschland zu veröffentlichen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Ich meine, das würde der ganzen Atmosphäre entsprechen, wie sie heute in Deutschland besteht. Nun ein Vergleich der Geburten und Sterbefälle in deutschen Städten zum Vergleich mit dem Ausland.

Geburten- und Sterblichkeitsziffern.

In deutschen Städten:
(14. bis 20. Oktober 1923.)

	lebend geboren:	gestorben:
Berlin	628	810
Hannover	77	92
Halle a. S.	48	56
München	142	157

Im Ausland:
(24. bis 30. September 1923)

	lebend geboren:	gestorben:
London	2651	1352
Amsterdam, Rotterdam, Haag	638	202
Paris	1171	869
Wien	517	407
Zürich	53	38
New York	2503	1500

In allen deutschen Städten, vor allem in Industriezentren, überwiegen also die Todesfälle die Zahl der Geburten. Wenn man diese Zahlen liest, dann erinnert man sich unwillkürlich an ein Wort, das zuerst in Paris gesprochen, das dann in München aufgenommen worden ist, an das Wort:

„Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt."

Wenn man diese Zahlen liest, dann hat man das Empfinden, daß Kräfte am Werke sind, um diesen angeblichen Überschuß auf schnellstem Wege und für immer zu beseitigen. (Unruhe.)

Die erste Frage, die sich bei der Betrachtung dieser Not unwillkürlich auf die Lippen drängt, ist die Frage: Woher kommt diese plötzliche scharfe Not, was ist die Ursache der

Erscheinung, daß wir plötzlich in Deutschland in einer Lebensmittelkatastrophe stehen, daß die Welt wiederhallt von dem Ruf „Hunger in Deutschland“! Wir haben eine ähnliche Hungerkatastrophe in Rußland, in Indien, in China und anderen Ländern gehabt. Dort war die Ursache für jeden Menschen erkennbar. Die Ursache war eine Naturkatastrophe. Die Erde war verdörrt, die Ernte versengt; es wuchs kein Halm, es gedieh keine Ernte. Können wir dasselbe von Deutschland sagen? (Rufe: Nein!) Ist die Ursache der heutigen Hungersnot in Deutschland tatsächlich eine Mißernte? Nein, das ist nicht richtig: Die Statistik besagt das Gegenteil. Wir haben in diesem Jahre sogar eine bessere Ernte als im Jahre 1922. Das Heft Nr. 18 der „Wirtschaft und Statistik“, herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, gibt darüber folgende Zahlen.

Hiernach sind unter Zugrundelegung der Ernteflächen folgende Gesamterträge für das Reich im Vergleich mit den Ergebnissen des Jahres 1922 und des Jahres 1923 zu erwarten:

Fruchtart:	Tonnen:	
	1923	1922
Weizen	2,819.658	1,897.620
Winterspelz	169.836	128.023
Roggen	7,174.674	5,322.079
Sommergerste	2,159.030	1,589.677
Hafer	5,975.515	4,130.518

Für die Sicherstellung der Volksernährung ist von Wichtigkeit vor allem der günstigere Ausfall der Brotgetreideernte, die hiernach einen voraussichtlichen Ertrag von 10·2 Millionen Tonnen ergibt, das heißt 2·8 Millionen Tonnen oder 38·3% mehr als im Vorjahre 1922, darunter allein an Roggen, der Hauptgetreidefrucht Deutschlands, ein Mehr von 1·8 Millionen Tonnen (34·8%). Neben den für das Wachstum im allgemeinen günstigen Witterungsverhältnissen ist die Zunahme des Ernteertrages an Getreide zum großen Teil auch verursacht durch die Erweiterung des Getreideanbaues gegenüber dem Vorjahre, die sich sowohl bei

einem Vergleich der diesjährigen Anbau- wie Ernteflächen ergibt. Es betrugen die Ernteflächen des Getreides in Hektar:

	1923	1922
Weizen	1,478.214	1,374.150
Winterspelz	128.434	126.755
Roggen	4,364.756	4.142.581
Sommergerste	1,192.508	1,151.940
Hafer	3,343.576	3,201.952

Man wird vielleicht sagen: ja, aber wir haben noch lange nicht die Ernte, die wir 1913 hatten. Das ist richtig. Man darf nicht vergessen: Deutschland verlor durch den Friedensvertrag von Versailles ein Achtel seiner Bodenfläche und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Trotzdem kam auch im Jahre 1922 nicht soviel Getreide von der deutschen Ernte auf den Kopf der deutschen Bevölkerung wie im Jahre 1913. Aber feststeht, daß im Jahre 1922 nicht diese verschärfte Hungerkrise bestand wie heute, während heute noch die Ernte bedeutend größer ist als 1922. Ich behaupte: die Ursache der deutschen Hungersnot liegt nicht in einer Naturkatastrophe, sondern während in den Wolgagebieten die Scheunen leer standen, sind in Deutschland die Scheunen gefüllt. (Lebhafte Zustimmung.) Jenes Wort, das im Reichstage ausgesprochen wurde:

„**Die Deutschen verhungern vor gefüllten Scheunen**“

ist ein geflügeltes Wort geworden. Damit soll nicht gesagt werden, daß etwa die **Besitzer der Scheunen** allein schuld an der Not seien. Ich will damit nur behauptet und bewiesen haben, daß die Ursache nicht eine Naturkatastrophe war, eine Ursache, die jenseits des menschlichen Willens und der menschlichen Möglichkeiten liegt, sondern daß es sich um eine Ursache handelt, die irgendwo in den weltpolitischen oder in den innerpolitischen Bedingungen oder in einem Organisationsfehler der Wirtschaft ihren Grund haben muß.

Die zweite Frage, die sofort auftaucht, ist die Frage, ob nicht der Friedensvertrag oder die Folgen des Krieges schuld sind an der Not. Es ist unstreitig richtig, daß der Ausgang des Krieges und alle die Erscheinungen der Nachkriegszeit eine ganz gewaltige und erdrückende Belastung für das deutsche Volk gebracht haben, daß diese großen klaffenden Risse im deutschen Wirtschaftsleben, die Stockung im Welthandel und im Weltverkehr und damit auch teilweise der Verfall der Währung in gewissen Grenzen ihre Erklärung durch den Ausgang des Krieges und die Kriegsfolgen finden. Aber diese Tatsachen würden eine Erklärung für einen Rückgang des Volksreichtums sein, eine Erklärung für ein gewisses Sinken des Lebensniveaus, für eine gewisse Einschränkung aller Art; sie sind aber nicht eine Erklärung für die Tatsache, daß faktisch heute

in Deutschland genügend Nahrungsmittel

vorhanden sind, und trotzdem hungern 8 Millionen deutsche Volksgenossen. Als wir in Rußland gegen den Hunger kämpften, arbeiteten wir vereint mit dem Roten Kreuz, mit den Quäkern, mit der ARA, der Amerikanischen Hilfsorganisation, die unter Leitung von Hoover stand. Die ARA hat die größte Menge von Getreide nach Rußland geschafft; amerikanische Imperialisten haben dem bolschewistischen Rußland Getreide zugeführt. Aber diese große Organisation hat es heute abgelehnt, für Deutschland etwas zu unternehmen. (Hört, hört!) Hoover hat in einem Interview erklärt: die deutsche Ernte war in diesem Jahr eine gute Mittelernte; es gibt genügend Vieh, und es ist auch kein Mangel an Vorräten aller Art, insbesondere an Kartoffeln; es herrscht nur deshalb Mangel, weil diejenigen Kreise der Bevölkerung, die die Lebensmittel erzeugen, sie zu allzu hohen Preisen an die notleidende Bevölkerung abgeben; wenn aber die Deutschen selbst ihren eigenen Volksgenossen nicht helfen können, sondern diese hungern lassen, weil sie kein Geld von ihnen bekommen, welche

Veranlassung haben die Amerikaner dann, den Deutschen beizustehen? Wenn tatsächlich an Nahrungsmitteln Not in Deutschland herrschen würde, dann müßten wir diesem Lande beispringen; aber wir denken nicht daran, in Amerika Millionen von Dollars zu sammeln, wenn die deutschen Landwirte nicht das Ihrige tun wollen, um der Bevölkerung zu helfen. (Lebhafte Rufe: Hört, hört!) Das ist die Erklärung der amerikanischen Hooverleute. Wir unterschreiben diese Kritik Wort für Wort. Die Ursache der Verschärfung der Lebensmittelkrise, die heutige faktische Hungersnot in einzelnen deutschen Gebieten ist tatsächlich eine Folge der innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Lage Deutschlands, eine Folge der Organisationsfehler, wie wir sie augenblicklich in Deutschland haben. (Sehr richtig!) Breite Schichten der Konsumenten können das Fleisch und das Mehl und die Kartoffeln, die vorhanden sind, nicht erhalten, weil sie nicht das Geld haben, um die teueren Preise zu bezahlen. Hier haben wir schon eine Ursache, die eine

rein innerwirtschaftspolitische Ursache

ist.

Die Schaffung der Rentenmark geschieht auf Kosten des Marks der Arbeiter, der Werktätigen.

Der augenblickliche Versuch einer Stabilisierung der Währung erfolgt auf Kosten von Millionen deutscher werktätiger Beamten, Angestellten, Arbeiter und Kleinbauern, die diesen Versuch mit wochenlangem Hungern, mit monatelangem Darben bezahlen müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Mit dieser Politik sind wir nicht einverstanden. Wir erklären, daß als

e r s t e r der Staat die Pflicht

hat, Kleidung, Wohnung und Nahrung in ausreichendem Maße für seine Einwohner zu schaffen, ehe er daran gehen

kann, derartige Experimente zu machen. Die Preise für Fett, für Fleisch, sogar für Brot sind im Auslande augenblicklich bedeutend niedriger als in Deutschland.

Ein weiterer großer Fehler wird in der Ein- und Ausfuhrpolitik gemacht. Ganz bedeutende Mengen von Lebensmitteln könnten noch zur Verstärkung der deutschen Ernte eingeführt werden. Sowohl die deutschen Konsumvereine wie große deutsche Handelsfirmen erklären, dazu die Möglichkeit zu haben, wenn ihnen die nötigen Devisen zur Verfügung gestellt werden. Für Luxusartikel, für alle möglichen entbehrlichen Dinge werden Devisen bereitgestellt, aber bei der Einfuhr von Lebensmitteln muß um jeden einzelnen Dollar gekämpft werden. Dazu kommt noch, daß ein großer Teil der Einfuhrwaren nicht zur Gesundung der deutschen Wirtschaft verwendet wird. Ich weiß, daß ein großer Posten Mais, 300.000 t eingeführt wurde, der zum Schnapsbrennen verwandt worden ist! Wir stehen auf dem Standpunkt, daß

eine Regulierung der Einfuhr

erfolgen muß ähnlich der, wie sie in Rußland von Staats wegen durchgeführt wird, um eine Kontrolle der einzuführenden Gegenstände zu haben, damit tatsächlich nur lebensnotwendige Dinge eingeführt werden.

Ein drittes Moment ist die **Lebensmittelpolitik im Inlande.** Wir machen wahrlich **nicht den Bauern allein** den Vorwurf, daß heute das eingetreten ist, was Hoover in Amerika erklärt hat. Ich glaube, daß nur Teile der Landwirte, bewußt Sabotage treibende Agrarier, mit daran schuld sind. Ich glaube, daß zur Hauptsache vielmehr die Schlüsselindustrien, die chemische Industrie usw. schuld daran sind, die nur gegen Devisen ihre chemischen Düngeprodukte usw. an die Landwirtschaft abgeben, während umgekehrt die Landwirte gezwungen werden sollen, ihre Produkte nur gegen Papiermark einzutauschen!

Bei der Sammlung des Materials zu meinem Vortrage bin ich auf eine Sache gestoßen, die ich wirklich nur weitergeben kann, indem ich den Verfasser und die Broschüre angebe. Sie scheint mir geradezu ungeheuerlich zu sein; aber da Herr Dr. M. Vogel ziemlich bekannt in der Antialkoholbewegung ist, wage ich trotzdem, diesen Bericht weiterzugeben. Herr Dr. Vogel behauptet in seinem Artikel „Alkoholfrage und Sozialhygiene“, erschienen in Berlin im Jahre 1923, daß im Frühjahr 1923 statt 20%

60% des Kartoffelbestandes zum Schnapsbrennen

freigegeben worden seien. (Hört, hört!)

Eine weitere Erschwerung scheint mir in der Organisierung des Großhandels zu liegen, in der Bekämpfung der Luxus- und Schlemmerrestaurants. Gestern haben wir eine sehr interessante Nachricht erhalten. Es wurde mitgeteilt, daß das Berliner Polizeipräsidium, Abt. W., alle Besitzer von Delikateßgeschäften aufgefordert hat, die Delikatessen aus den Schaufenstern herauszunehmen, damit sie nicht aufreizend wirkten. (Lachen und Zurufe.) Diese Nachricht wurde weitergegeben, als ob das eine sehr gute und prachtvolle Leistung sei. Ich bin der Meinung, es war eine sehr bescheidene Leistung. Man sollte nicht diese Delikatessen aus den Schaufenstern in die Kühlräume schaffen lassen, sondern sollte endlich einmal in dieser Not des ganzen Volkes zu verhindern wissen, daß besondere Luxusstätten und Schlemmerlokale überhaupt bestehen.

Ich schließe dieses Kapitel damit, daß ich sage: die Hauptursache der Verschärfung der augenblicklichen deutschen sozialen Krise, das Wüten der Hungersnot in einzelnen deutschen Industriezentren und Großstädten liegt nicht in einer Naturkatastrophe, sondern in schweren organisatorischen Mängeln der innerwirtschaftlichen Struktur der deutschen Produktion und der Konsumorganisation.

Ich komme zum letzten Teile meines Vortrages: **Bekämpfung des Hungers.** Was sollen wir dagegen tun, wie können wir uns gegen diese Not wehren,

wie können wir den Hunger bekämpfen?

Ich habe die Meinung, daß eine wirkliche Lösung der schweren Krise erst nach einer Neuorganisierung des deutschen Wirtschaftslebens und im engsten Zusammenhang mit einer Neuordnung der europäischen und der weltwirtschaftlichen, weltpolitischen Verhältnisse möglich ist. (Zustimmung.) Ich glaube, daß alle diejenigen, die sich mit uns vereinigt haben, um den Hunger zu bekämpfen, mit uns zusammenarbeiten müssen, um die **Wurzeln** dieser **Hungersnot** zu beseitigen. (Sehr wahr!) Es genügt nach meinem Dafürhalten nicht, einzuspringen und auf acht oder vierzehn Tage eine Suppe und ein Stück Brot auszuteilen, sondern wer eine Krankheit, eine Epidemie, irgendeine Zerfallserscheinung wirklich gründlich bekämpfen will, muß bis an die **Wurzeln** gehen und

die Wurzeln selbst beseitigen.

Das ist nur möglich durch eine Neuorganisierung des mitteleuropäischen, des gesamten internationalen Wirtschaftslebens. Aber ich glaube, wir dürfen uns nicht mit dem begnügen, was andere Institutionen heute teilweise schon tun, die bereits jahrelang in internationalen Völkerkonferenzen, auf internationalen parlamentarischen Zusammenkünften, bei Ministerkonferenzen usw. über die Frage diskutierten, wie die Welt wieder eingerenkt werden kann, unterdes aber zuschauten, wie in Rußland 40 Millionen Menschen mit dem Hungertode kämpften, und die heute zuschauen, wie **große Teile der deutschen Bevölkerung aussterben.** Diesem Beispiele wollen wir nicht folgen. Auf der einen Seite wollen wir mit daran helfen, die Wurzeln der heutigen Not auszureißen, aber auf der

anderen Seite wollen wir uns unterscheiden von allen überklugen und diplomatischen Theoretikern und

s o f o r t alle Kräfte mobilisieren,

um augenblicklich und zur Stunde, soweit unsere Kräfte reichen, den deutschen Arbeitern, den deutschen Werktätigen Hilfe und Rettung zu bringen. Wir glauben, daß der deutsche Staat es als seine vornehmste Aufgabe betrachten muß, den bedrohten deutschen Völkerschichten Kleidung, Nahrung und Wohnung zu geben, daß alle anderen Aufgaben, welche es auch sein mögen, vor dieser Aufgabe zurückgestellt werden müssen. Wir glauben, daß sogar die Frage der Auffüllung der Reichswehr zurückgestellt werden muß vor der Aufgabe, den hungernden Arbeitern Brot zu geben. (Stürmische Zustimmung!) Wir haben die Auffassung, daß selbst unsere drei Kriegsschiffe, die heute noch vor der Elbmündung schwimmen, vorübergehend ihre Kohlenheizung einzustellen und ihre Kohlen den Hamburger Speiseküchen für die Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen haben. (Stürmische Zustimmung!) Wir haben die Auffassung, daß alles getan werden muß, um diese elementarste Aufgabe, die jeder Staat gegenüber seinen Volksgenossen hat, zu erfüllen, damit endlich dies Hungern und Sterben aufhört. Aber während dies nach unserer Auffassung die erste Aufgabe des Staates ist, hören wir, daß der Staat abbaut. Wir haben die offizielle Mitteilung erhalten, daß der preußische Staat die Fürsorge abbauen will, daß heute schon die Hälfte der staatlichen Fürsorgestellen oder noch mehr geschlossen ist, daß das ganze Gebäude der Sozialversicherung, das große Gebäude der sozialen Fürsorge in Deutschland im Zusammenbrechen ist. Der Staat treibt eine falsche Politik, wenn er glaubt, indem er die Gelder für Duisburg sperrt, könne er sparen. Was der Staat hier spart, wird er für Krankenhäuser und für Gefängnisse und Zuchthäuser an Unterhaltungskosten, wird er weiter an Beerdigungskosten be-

zahlen müssen. Ich sage, daß jetzt für das Deutsche Reich, für die deutsche Regierung als die große Aufgabe gestellt ist,

den Hunger zu bekämpfen.

Man muß einen Feldzug gegen den Hunger organisieren. Man hat Feldzüge organisiert, um Menschenleben zu vernichten. Man soll jetzt einen Feldzug organisieren, um Menschenleben zu erhalten. (Stürmische Zustimmung!) Es ist nicht das erstemal, daß ein Staat solche Feldzüge organisiert. Wir Mitteleuropäer müssen uns schämen, wenn wir hören, daß in „Asien" ein Staat besteht, der tatsächlich in einer solchen Situation einen regelrechten Feldzug organisiert hat, der seine Armee benutzt hat, um Feldküchen einzubauen, der seine Armee benutzt hat, um die Eisenbahnzüge schneller nach den Hungergebieten zu führen. Ich sehe hier verschiedene Vertreter der Quäker, des Deutschen Roten Kreuzes. Sie können mir bezeugen, daß das, was ich sage, den Tatsachen entspricht, daß tatsächlich Sowjetrußland über ein Jahr lang seinen ganzen Staatsapparat mit allen seinen Machtmitteln auf die Erretung der Wolgagebiete konzentriert hat. Das muß heute auch in Deutschland geschehen.

Das Zweite, was der Staat machen muß, ist, daß er wirklich jetzt zupackt. Ich glaube, daß es notwendig ist, nun endlich jene Kreise zur Linderung der Not heranzuziehen, die tatsächlich dazu dank ihren Reichtümern in der Lage sind. Es muß verhindert werden, daß das Ausland mit Fingern auf uns zeigt und uns sagt: der kleine tschechoslowakische Bauer, der kleine Arbeiter in einer tsechechoslowakischen Gemeinde opfert seinen halben Wochenlohn, aber **wo bleibt das Volksopfer der deutschen Schwerindustrie, der Großbanken, des Bundes der Landwirte?** Darauf kommt es an. Wir vermissen heute noch, daß die deutsche Großindustrie sich regt. In Holland und in Amerika hat man mit Recht gefragt: wo

bleiben die reichen deutschen Volksgenossen, wie **viel** ist von der deutschen Schwerindustrie getan worden, von den Großbanken, vom Bund der Landwirte? Wir müssen sagen, daß, wenn Appelle an Volksgemeinschaftsgefühl und an Nationalgefühl bei diesen Gruppen verhallen, wenn der Appell an Mitleid und an Nächstenliebe ungehört bleibt, dann **der Staat die Pflicht hat,** nicht nur aufzurufen, sondern

mit fester Hand zuzupacken

und diese Leute zu zwingen, ihren Teil dazu beizutragen, daß die Opfer ihrer eigenen Wirtschaftspolitik nicht vor Hunger zugrunde gehen. (Lebhafte Zustimmung!)

Werte Anwesende, ich komme zum Schluß. **Wir unterschreiben die Kritik von Hoover vollständig.** Jawohl, es liegt mit an der Verteilung. **Aber wir ziehen ganz andere Schlußfolgerungen.** Wenn Hoover erklärt: In Deutschland sind zwei Klassen, eine wirtschaftlich stärkere und eine wirtschaftlich schwächere Klasse; die wirtschaftlich stärkere läßt die andere verhungern, was geht das uns an, sie müssen untereinander fertig werden, so glauben wir, daß wir nicht diese Konsequenz ziehen dürfen, sondern daß es unsere Pflicht ist, zu helfen, damit diese wirtschaftlich schwächere Klasse nicht zugrunde geht; denn die deutsche Arbeiterklasse hat sowohl für sich selbst als auch für die internationale Arbeiterschaft kulturell, technisch und organisatorisch noch

weltgeschichtliche Aufgaben

zu erfüllen. Wir sind des Glaubens, daß eine Verminderung, eine Herabdrückung dieses technisch und organisatorisch besten Kerns der internationalen Arbeiterschaft **eine Schädigung für die Volkswirtschaft aller Länder** und eine Schädigung für die Interessen der Arbeiterschaft aller Länder bedeuten

würde. Deshalb kommen wir zu einer **anderen Folgerung** als Hoover. Nein,

wir werden alle Kräfte anspannen, um der deutschen Arbeiterschaft zu helfen.

Gestern fand hier eine Konferenz von Vertretern der internationalen Arbeiterhilfskomitees statt. Wir haben solche Komitees in allen Ländern. Augenblicklich sind Vertreter hier aus Spanien, aus Holland, aus der Tschechoslowakei, aus Norwegen, aus Schweden, aus Dänemark, aus Kanada, aus Rußland, aus Belgien, aus Frankreich. Gestern hatten wir eine Vorbesprechung, auf der zirka 40 der Vertreter anwesend waren. Sie haben gesagt: jawohl, die Lage ist schwer, wir haben **große Krisen** in Amerika, in den anderen Ländern, wir haben ein sehr starkes Anschwellen der Arbeitslosenzahl, aber wir werden **trotzdem** alles mobilisieren, um den letzten Dollar, um den letzten Franken der Arbeiterklasse zu sammeln zur Unterstützung der deutschen Arbeiterschaft. Wenn die Beträge auch zahlenmäßig gering sind — Frankreich brachte 10.000 Franken, die Tschechen brachten 100.000 Kronen, die Spanier 10.000 Pesetas — so ergeben die Beträge zusammen doch eine große Summe. Es gibt ein Sprichwort in Rußland, das man auch hier anwenden kann: „Von jedem im Dorf einen Faden, gibt für den Nackten ein Hemd.“ Nach diesem Sprichwort werden wir handeln. Wir freuen uns, heute schon von den ersten Erfolgen unserer Arbeit berichten zu können. Trotz der Kürze der Zeit war es möglich, über 200.000 Dollar zu sammeln. Mit diesem Gelde konnten wir in sächsischen und thüringischen Industrieorten über eine halbe Million **Brote** verteilen. Gleichzeitig sind wir dazu übergegangen, in Berlin und thüringischen Städten, wie Halle, Merseburg, Leipzig und anderen Städten Speiseküchen einzurichten. Heute wurde in einem Berliner Vorort die fünzigste derartige Speiseküche eröffnet. Augenblicklich werden täglich an fast 10.000 Menschen voll-

ständig kostenlos ein warmes Mittagessen verabreicht. Seit der Aufnahme unserer Aktion sind 95.000 Portionen warmes Essen verausgabt worden. Wir hoffen, diese Zahl bald noch erhöhen zu können. Gleichzeitig haben wir uns bemüht, Kinder aus armen, notleidenden Familien zur Pflege und Erholung nach dem Auslande zu schicken. Die holländischen Arbeiter und die tschechoslowakischen Arbeiter haben sich bereit erklärt, Arbeiterkinder aufzunehmen. Tausenden von Kindern haben wir bereits eine Heimstätte vorbereitet. Tausend französische ehemalige Kriegsgefangene sind bereit, deutsche Kinder in Pflege zu nehmen. (Stürmischer Beifall.) Ich muß Ihnen aber leider mitteilen, daß Schwierigkeiten entstanden sind, daß in einer Sitzung des französischen Kabinetts unter Leitung Poincarés beschlossen worden ist, den Kindern die Einreiseerlaubnis vorläufig zu verweigern. (Entrüstete Pfuirufe.) Auf der einen Seite sehen wir also, wie Tausende von Arbeiterfamilien sich danach drängen, gerade zu Weihnachten ihr kärgliches Brot mit den deutschen Kindern zu teilen. Auf der anderen Seite versucht man, künstlich Barrieren zu errichten. (Zurufe: Genau wie bei uns!) Alle die Briefe, die uns zugeschickt worden sind, gipfeln in dem Wunsche: schickt uns die deutschen Kinder noch vor Weihnachten: wir wollen mit ihnen gemeinsam dieses Fest in unseren Familien verleben: wir können deutsch, wir können mit den Kindern sprechen. Während so Tausende bereit sind, die deutschen Kinder aufzunehmen, versucht man, wie gesagt, auf der anderen Seite, künstliche Schranken aufzubauen. Ich weiß, daß man speziell in Deutschland skeptisch ist in bezug auf den Erfolg dieser Arbeit, die wir unternommen haben, daß man auch in deutschen Kreisen skeptisch ist und manchmal etwas spöttisch herabsieht auf die sogenannte

Solidarität der internationalen Arbeiterschaft,

daß man sehr gern Witze darüber macht und uns auslacht. Ich bin aber durchglüht von dem Optimismus, daß diese inter-

nationale Solidarität, die sich wiederholt bewährt hat, auch diesmal nicht versagen wird. Die internationale Solidarität hat sich vor dem Kriege bewiesen. Sie hat im Jahre 1920 im Polnisch-russischen Kriege das Eingreifen Englands verhindert. Diese Solidarität hat 1921 geholfen, Tausende von russischen Arbeitern und Frauen vom Tode zu erretten, und diese internationale Solidarität hilft auch heute. Sie hat — das sage nicht ich, sondern das sagt ein Vertreter der Stadt Berlin — in Berlin und in anderen deutschen Gebieten rascher eingegriffen als die deutschen Einrichtungen selbst. Wir werden versuchen, die Zentausend, die wir heute ernähren, auf Zwanzigtausend und Dreißigtausend anschwellen zu lassen.

Die internationale Solidarität, die den russischen Hunger bezwang, wird auch den deutschen Hunger bezwingen.

Sie wird mithelfen, eine Welt aufzubauen, in der derartige Nöte nur noch aus Naturkatastrophen möglich sind, aber nimmermehr aus Unterlassungsgründen in der wirtschaftlichen und politischen Führung eines Staates. Die internationale Solidarität wird mithelfen, einen Zustand zu schaffen, in dem nicht mehr durch künstliche Barrieren die Vereinigung der französischen und deutschen Arbeiter getrennt wird mit Hilfe von Gendarmen und Polizeikordons, sondern die internationale Solidarität wird einen Zustand schaffen, in dem jeder Mensch gemäß seiner Zuneigung sich vereinigen kann, mit wem er will, einen Zustand, in dem alles, was Menschenantlitz trägt, **als Mensch, leben, arbeiten und wirken** kann. (Stürmischer, minutenlanger Beifall.)

Druck: „Elbemühl“, Wien, IX., Berggasse 31.